

Haushaltsrede 2022 des Fraktionsvorsitzenden Bündnis90/Die Grünen

Dr. Peter Gehrman

Sitzung des Stadtrates der Stadt Grevenbroich
13.1.2022

Sperrfrist 13.1.2022 18:30 h

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

der Bürgermeister und der Kämmerer haben im Oktober des letzten Jahres den Haushalt 2022 vorgestellt. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache:

Bei Erträgen in Höhe von 179 Millionen Euro und Aufwendungen von 182 Millionen Euro ergibt sich ein Fehlbetrag von fast 3 Millionen Euro. Damit fällt das Defizit im vorliegenden Haushaltsansatz um fast 4 Millionen Euro niedriger aus als im März 2021 in der mittelfristigen Finanzplanung prognostiziert. Ein weiterer Blick in die Finanzplanung zeigt, dass die Stadt das Sanierungsziel ohne Sondereffekte im Jahr 2024 einhalten wird. Auch für die Folgejahre ist der Ausblick positiv.

Für die Stadt Grevenbroich zahlt es sich also aus, dass SPD, Mein Grevenbroich und die Grünen Verantwortung übernommen haben. Wir haben den Willen gezeigt, die für die Haushaltskonsolidierung notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Die Grundsteuer B Erhöhung im Jahr 2021 und die konsequente Sparsamkeit im Rathaus haben den Grundstein dafür gelegt, dass Grevenbroich sich 2024 aus eigener Kraft aus dem Sanierungsplan befreien kann. Die eigentlich für 2023 als notwendig erachtete nochmalige Erhöhung der Grundsteuer B kann somit entfallen.

Auch die Entscheidung, die rechtlich umstrittene Gewerbenachsteuerzahlung des RWE-Konzerns im Jahr 2015 in eine Rücklage zu überführen, erweist sich als positiv für die Stadt. Im letzten Jahr haben die Gerichte entschieden, dass ein Teil der Summe an den RWE-Konzern zurückgezahlt werden muss. Die Rückzahlung führt 2023 zu erhöhten Schlüsselzuweisungen durch das Land, die es der Stadt ermöglichen werden, das Sanierungsziel vorzeitig bereits im Jahr 2023 zu erreichen. Hier handelt es sich eindeutig nicht um Geschenke der Landesregierung. Es handelt sich um Geld, das der Stadt zusteht!

Ein weiterer Beleg für die seriöse Haushaltsführung ist die Entwicklung des Eigenkapitals. Im Sanierungsplan aus dem Jahr 2014 wurde das Sanierungsziel im Jahr 2024 mit einem Eigenkapital von 8,3 Millionen Euro vorgegeben. Das Eigenkapital betrug zu Beginn des Sanierungsplanes 93 Millionen Euro. Die heutige mittelfristige Finanzplanung prognostiziert für das Finanzjahr 2024 ein Eigenkapital in Höhe 113 Millionen Euro. Nicht nur, dass das Sanierungsziel um mehr als 100 Millionen Euro übertroffen wird. Es wird im Rahmen des Sanierungsplanes sogar gelingen, zusätzliches Eigenkapital aufzubauen. Diese überaus positive Entwicklung wird es erlauben, im Jahr 2025 die mittels sogenannter außerordentlicher Erträge durch Entnahmen aus dem Eigenkapital gestemmt Coronalasten in Höhe von ca. 40 Millionen Euro mit einer Einmalzahlung im Jahr 2025 auszugleichen und so tilgungsbedingte Belastungen der zukünftigen Haushalte in den nächsten 50 Jahren zu vermeiden.

Ein ausgeglichener Haushalt bedeutet jedoch nicht, dass plötzlich der Reichtum ausgebrochen ist. Auch wenn es unser politisches Ziel ist, dass die Kinderbetreuung zukünftig kostenfrei sein soll, können wir populistische Forderungen, die Kindergarten- und OGS Gebühren zukünftig aus dem Stadtsäckel komplett zu finanzieren, nicht unterstützen. Die Stadt ist nicht in der Lage, jährlich einen Betrag von knapp unter einer Million Euro aus eigenen Kräften zu stemmen. Kinderbetreuung ist eine Aufgabe der allgemeinen Daseinsvorsorge und die Gebührenfreiheit darf nicht davon abhängen, ob ein Kind zufällig in einer reichen oder armen Gemeinde geboren wurde. Entsprechende Lösungen müssen auf Landesebene gefunden werden. Wir fragen uns, warum Frau Troles im Landtag hierzu eine ablehnende Position einnimmt und würden es begrüßen, wenn die CDU endlich eine eindeutige Position für eine Gebührenfreiheit auf Landesebene beziehen würde. Wir können der lokalen CDU

nur empfehlen, bis dahin auf einen seriös für die Stadt finanzierbaren Pfad zurückzukommen und sich ernsthaft an einer Lösungsfindung für sozial gerechte OGS Beiträge zu beteiligen.

Wichtig ist, dass die Stadt handlungsfähig bleibt und ihre Leistungen insbesondere in der Kinderbetreuung und Bildung ausbaut. Richtungsweisend ist der Ausbau in der Anzahl der Kindergartenplätze (z.B. Coensgalerie), der Grundschulausbau in Kapellen und der Bau der dritten Gesamtschule, die jetzt auf einem guten Weg ist.

Auch der Wohnungsbau ist ein wichtiges Handlungsfeld! Die vom des Rhein Kreises Neuss vorgelegte Bedarfsanalyse hat gezeigt: In Grevenbroich fehlen fast 2.000 Wohneinheiten. Die Wohnungsnot kann nicht durch eine Handvoll freistehender Einfamilienhäuser für Bessergestellte gelöst werden. Wir sorgen für bezahlbaren Wohnraum mit guter Infrastruktur. Am Hammerwerk, an der Kaplan-Hahnstraße und auf dem Gelände der Alten Molkerei entstehen in den nächsten Jahren 320 Wohnungen mit guter Anbindung an das Zentrum und den öffentlichen Personennahverkehr.

Im Haushalts 2022 wird auf Initiative der Kooperation darüber hinaus der Startschuss für ein Werkstattverfahren zur Überplanung des Flutgrabenquartiers gegeben. Angesichts des nahen Endes der Kohleverstromung steht der Erftverband vor der Herausforderung, die landschaftliche Gestaltung der Erft und des Flutgrabens an den drastisch reduzierten Durchflussmengen auszurichten. Hiermit verzahnt werden soll die Umgestaltung des alten Bauhofes und des umliegenden Quartiers. Angesichts der dringend notwendigen Erneuerung des Kindergartens und des Erweiterungsbedarfs der Grundschule soll ein Masterplan entwickelt werden, der die landschaftliche Gestaltung, Bildung, Aufenthaltsqualität und Wohnen unter ganzheitlichen und nachhaltigen Perspektiven betrachtet. Die unterschiedlichen Akteure und natürlich auch die Grevenbroicher Bürger werden hierfür an einen Tisch gebracht.

Hier an dieser Stelle möchte ich auch deutlich einen Zielkonflikt beschreiben, in dem wir Grüne uns befinden. In Grevenbroich besteht ein hoher Bedarf an neuen, insbesondere preiswerten Wohnungen, aber der mit dem Wohnungsbau verbundene Flächenverbrauch schmerzt. Hier hilft keine ideologische Herangehensweise. Im Interesse der Menschen, die schon allzu lange auf bezahlbaren Wohnraum warten, müssen wir pragmatische Lösungen suchen und finden. Gefragt ist flächensparendes und Ressourcen schonendes Bauen. Die eingangs genannten Projekte, die u.a. auf der Nutzung von innerstädtischen Brachflächen wie auch der Umwidmung von nicht mehr adäquat nutzbaren Gewerbeflächen basieren, kommen unseren Vorstellungen zum nachhaltigen Bauen sehr nahe. Bei sorgfältiger Planung kann das Flutgrabenviertel hier zu einem Vorzeigeprojekt werden.

Von großer Bedeutung wird auch die neu zu besetzende Funktion eines/einer Klimaschutzmanager:in sein. Wir wollen ein Klimaschutzkonzept entwickeln und umsetzen. Klimaschutz heißt für uns in erster Linie, die Kohlendioxid-Emissionen zu begrenzen und zu reduzieren. Dies ist auch eine Win-Win Situation für den städtischen Haushalt. Lange Zeit wurde z.B. der Ausbau der Photovoltaik auf städtischen Dächern als nicht ausreichend rentabel bewertet. Hier haben sich jetzt die Zeichen gedreht. Der Erweiterungsbau der Grundschule in Kapellen wird mit einer Photovoltaikanlage geplant. Das kann nur der Anfang sein. Wie im Verwaltungsrat der Stadtbetriebe am letzten Dienstag berichtet, würden 70 % der im städtischen Besitz befindlichen Dachflächen einen hohen Solarertrag liefern.

Die Stadt Grevenbroich hat entsprechend dem Energiebericht der Stadtbetriebe im Jahr 2019 insgesamt ca. 5,2 Millionen kWh an Strom verbraucht. Allein die weiterführenden Schulen schlagen hier mit 1,2 Millionen kWh zu Buche. Bei einem Preis von ca. 20 Cent per kWh, der vom Versorger in Rechnung gestellt wird, können mit Photovoltaik bei großflächigen Anlagen über den Lebenszyklus gerechnet mindestens Kosten in Höhe 10 Cent/kWh vermieden werden. Neben dem positiven Effekt für das Klima könnten allein durch eine Umstellung der weiterführenden Schulen auf Photovoltaik die laufenden Kosten um bis zu 100.000 Euro gesenkt werden. Angesichts der steigenden

Energiepreise ist der Ausbau der Photovoltaik ein Muss, um die städtischen Kosten im Griff zu behalten.

Für uns ist es deshalb bedauerlich, dass durch das in Grevenbroich gewählte AÖR Konstrukt für die Stadtbetriebe auf politischer Ebene ein Jahr verloren wurde. Durch die neu geschaffenen Beiräte kann jetzt endlich die Gestaltung der Klimawende auf lokaler Ebene begonnen werden. Letztendlich müssen wir uns allerdings auch die Frage stellen, ob das Rechtskonstrukt AÖR, dass die Stadtbetriebe teilweise der Kontrolle durch den Rat und den zugehörigen Ausschüssen entzogen hat, durch den Verlust des Mehrwertsteuerprivileges zum Ende dieses Jahres sich weiter rechnet oder ob wir dem Beispiel anderer Kommunen wie z.B. Dormagen folgen und die AÖR z.B. in einen Eigenbetrieb umwandeln.

Wie Sie sehen, bleibt in den kommenden Jahren noch viel zu tun. Zum Abschluss möchte ich mich deshalb bei den Partnern in der Kooperation ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit bedanken. Wir werden die vor uns liegenden Aufgaben gemeinsam und konstruktiv anpacken und dem Rat Vorschläge machen. Dabei gilt, dass alle Fraktionen im Rat zusammen die beste Lösung für Grevenbroich suchen. In diesem Zusammenhang möchte ich noch das Struck'sche Gesetz erwähnen: Kaum ein Vorhaben kommt aus dem Rat so heraus, wie es eingebracht wurde. Gute Vorschläge und berechtigte Kritik sind notwendig und finden sich in den Beschlüssen wieder. Leider ist die wichtige Diskussionskultur in der ersten Hälfte des letzten Jahres arg beschnitten worden. Lassen Sie uns gemeinsam hoffen, dass wir im Jahr 2022 nach schwierigem Beginn den Übergang von der Pandemie in eine endemische Situation schaffen und der Rat und die Ausschüsse dann wieder in einen geregelten Arbeitsmodus kommen – zum Wohle der Bürger:innen unserer schönen Heimatstadt.